



**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEI GEWERKSCHAFT  
im DBB

Herausgeber:

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB  
Landesverband Hessen e.V.  
Otto-Hesse-Str.19/T 3, 64293 Darmstadt  
Tel.: (06151) 2794500  
Fax: (06151) 2794502  
Homepage: [www.dpolghessen.de](http://www.dpolghessen.de)  
eMail: [kontakt@dpolghessen.de](mailto:kontakt@dpolghessen.de)

**DPoIG – so gut kann Gewerkschaft sein!  
DPoIG – wir sind die Blauen!**

Verantwortlich

Roland Metz  
Landesredakteur  
Tel. 06151 / 2 79 45 00  
Fax 06151 / 2 79 45 02  
eMail: [metz@dpolghessen.de](mailto:metz@dpolghessen.de)

**Wir sorgen für Klarheit - DPoIG!  
DPoIG – tut was zu tun ist und noch mehr!**

## DPoIG – Info (DI)

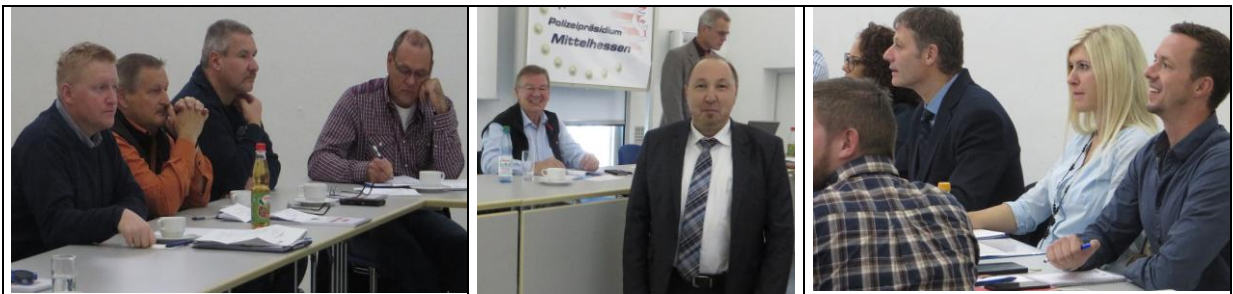
Nr. 14

26. Oktober 2016

**Ein Service der Deutschen Polizeigewerkschaft  
im DBB (DPoIG), Landesverband Hessen**

### In dieser Ausgabe lesen Sie:

- 1.1 – DPoIG-Landeshauptvorstandssitzung 2016 \*\*\*\*
- 1.2 – DPoIG-Landesvorsitzendenkonferenz 2016:  
DPoIG fordert Maßnahmenpaket gegen Extremisten und Gewalttäter  
,Reichsbürgerbewegung': Angriff auf den Rechtsstaat \*\*\*\*
- 1.3 – PiD-Fachseminar am 5. November 2016 \*\*\*\*
- 1.4 – SPD unterstützt die Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft Hessen  
für die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage \*\*\*\*
- 1.5 – Dokumentenordner der dbb Bundesseniorenvertretung \*\*\*\*



### 1.1 - DPoIG-Landeshauptvorstandssitzung 2016



Mittelhessens Polizeivizepräsident Peter Kreuter (Bildmitte) freute sich, als Hausherr die Mitglieder des DPoIG-Landesvorstandes und die Verantwortlichen aus allen hessischen DPoIG-Kreisverbänden zu begrüßen, die Mitte Oktober 2016 im Polizeipräsidium in Gießen tagten.

Der hessische Landeshauptvorstand, höchstes Gremium zwischen den Landeskongressen, diskutierte über aktuelle, wichtige gewerkschaftlichen Themen und Sachverhalte („Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst“, „Personalsituation“ und „Sachstand Besoldung und Klageverfahren“ u. v. m.), nahm den von DPoIG-Landesvorsitzenden Heini Schmitt (re.) abgegebenen Tätigkeitsbericht sowie den Kassenbericht und die Rechenschaftsberichte aus den einzelnen Verantwortungsbereichen im Landesvorstand und den Bericht der Rechnungsprüfer entgegen und stimmten darüber ab.

Landeschatzmeister Uwe Rettich war auch im Berichtszeitraum sehr verantwortungsbewußt mit den Finanzen des Landesverbandes umgegangen.

Die Rechnungsprüfer Jürgen Pörtlein (KV LM-WEL) und Engelbert Mesarec (KV WI) bestätigten ihm eine korrekte, tadellose Kassenführung. Die Entlastung des Landesvorstandes war daher eine logische Konsequenz.



Bei erforderlich gewordenen Neuwahlen wurde Lars Maruhn (Foto oben li.) zum Ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt, Peter Smolka (Foto oben re.) zum Stellvertretenden Landesvorsitzenden. Uwe Rettich (Foto unten Mitte) wird sich auch zukünftig als Landeschatzmeister um die Finanzen des Landesverbandes kümmern. Zusätzlich wird er Bereiche der Landesgeschäftsstelle betreuen. Stefan Bastian (Foto u. re.), seither schon Landesschriftführer, ist zukünftig im Landesvorstand auch für den Tarifbereich zuständig.



Die aktuelle Lage der Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik bzw. im besonderen die Sicherheitslage in Hessen, nahm auf der diesjährigen Landeshauptvorstandssitzung einen sehr breiten Raum ein.

In mehreren Arbeitsgruppen beriet der Landeshauptvorstand, wie sich die gewerkschaftliche Arbeit und der Service für die DPoIG-Mitglieder zukünftig noch weiter verbessern läßt.

Alle Fotos Copyright by [DPoIG Hessen](#)

## 1.2 - DPolG fordert Maßnahmenpaket gegen Extremisten und Gewalttäter Reichsbürgerbewegung: Angriff auf den Rechtsstaat



Berendt Jochem, Joachim Lenders, Rainer Wendt, Staatsminister Joachim Herrmann, Hermann Benker (v. li.)

**Bei der diesjährigen Landesvorsitzendenkonferenz der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) in Nürnberg standen der Tod eines bayerischen SEK-Beamten während eines Einsatzes gegen einen Vertreter der sogenannten ‚Reichsbürgerbewegung‘ und die Folgerungen für staatliches Handeln gegenüber den Angehörigen derartiger Organisationen im Mittelpunkt der Betrachtungen. Alle Vertreter/innen der Länder und der Bundesorganisationen der DPolG zeigten sich betroffen und entsetzt angesichts des Todes ihres Kollegen, der bei einem Einsatz im fränkischen Georgensgmünd von einem sogenannten ‚Reichsbürger‘ erschossen wurde.**

In einem ausführlichen Gespräch mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann zeigten sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig in der Feststellung, dass eine Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppierungen und eine gleichzeitige Tätigkeit im Staatsdienst auf keinen Fall miteinander vereinbar sein könne.

Der DPolG-Bundvorsitzende Rainer Wendt machte klar: *„Ob solche Leute mit ihren kruden Ideen nun tatsächlich gefährlich oder einfach nur psychisch daneben sind, ist dabei einerlei, sie gehören auf keinen Fall zur Polizei und zur DPolG erst recht nicht. Wir distanzieren uns ganz klar von solchen Vereinigungen und ihren Anhängern. Als Polizeibeschäftigte werden wir keinen Zweifel daran lassen, dass wir mit beiden Beinen fest auf dem Boden unserer verfassungsmäßigen Ordnung stehen, auf die wir als Beamte einen Eid geschworen haben. Wer die Bundesrepublik Deutschland als legitimen Staat nicht anerkennt, hat nirgends im Öffentlichen Dienst etwas zu suchen!“*

Die DPolG Landesvorsitzenden fordern frühzeitiges energisches Handeln, wo auch immer so genannte ‚Reichsbürger‘ den Versuch unternehmen, staatlichem Handeln Widerstand entgegen zu setzen: *„Man darf diese Leute nicht gewähren lassen oder sie als Spinner verharmlosen, wenn sie eigene Führerscheine oder Pässe erfinden und ausstellen, Kennzeichen verfälschen oder öffentlich Beschäftigte attackieren. Jedes staatliche Zurückweichen wird sofort als Schwäche empfunden und ermuntert geradezu, weitere Eskalationen zu suchen, bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen!“*

Als weitere Forderungen formulierten die Gesprächsteilnehmerinnen und –teilnehmer:

- Konsequenter Entzug sämtlicher waffenrechtlicher Erlaubnisse für sogenannte ‚Reichsbürger‘ und die Verpflichtung, unverzüglich den Behörden alle Waffen auszuliefern.



- Dabei ist auch zu prüfen, ob weitere Erlaubnisse, wie z. B. Führerscheine, zu entziehen sind. Außerdem müssen Fahrzeuge, mit denen „Reichsbürger“ am öffentlichen Straßenverkehr teilzunehmen beabsichtigen, staatlich eingezogen werden. Wer von vornherein staatliche Regeln nicht zu befolgen beabsichtigt, ist als Fahrzeugführer im Straßenverkehr ungeeignet.

- Informationsaustausch innerhalb und zwischen den Behörden des Bundes und der Länder sowie die Einrichtung einer zentralen Informationssteuerung zur Vermeidung von Informationsverlusten.

- Sensibilisierung der Verfassungsschutzbehörden und Stärkung der Staatsschutzbehörden für die Umtriebe der sogen. „Reichsbürger“, verbunden mit niederschwelligem Einschreiten, auch bei vermeintlich geringen Verstößen.

- „Null-Toleranz“: Anklageerhebungen und konsequente Strafverfolgung durch die Justizbehörden und Verurteilungen, die eine präventive Wirkung in diese Szene hinein entfalten.

- Behördlicher Rechtsschutz und Entwicklung von Verhaltensrichtlinien bei Kontakt mit Personen, die der sogen. ‚Reichsbürgerbewegung‘ zugerechnet werden.

Der Schutz aller öffentlich Beschäftigten vor Klagen und Forderungen von sogen. ‚Reichsbürgern‘ ist klar eine Aufgabe des Staates.

**„Wir werden als Deutsche Polizeigewerkschaft DPoIG keinen Zweifel daran lassen, dass solche Leute nicht zu uns gehören. Der Staat ist in der Verpflichtung, frühzeitig zu zeigen, dass Gesetzesbrüche konsequent geahndet und verfolgt werden.**

**Nur dann kann man dieses Phänomen zurückdrängen und Gefahren minimieren!“**

Lars Maruhn  
Erster stellvertr. Landesvorsitzender  
DPoIG Hessen

## Appell

**„Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG) einig mit Bayerns Innenminister Joachim Herrmann:**

**Am 29.10.16 um 15:00 Uhr sollten bundesweit alle Einsatzkräfte, die dies dienstlich ermöglichen können, zu Ehren des in Bayern erschossenen SEK-Kollegen, ihr Dienstfahrzeug mit laufendem Blaulicht (ohne Martinshorn!) abstellen. Um so in stillem Gedenken auch nach außen deutlich zu machen, dass die Polizeifamilie in Deutschland zusammensteht.“**

### **1.3- PiD-Fachseminar am 5. November 2016**

**Thema: Angriffe militärisch organisierter Kleingruppen und Einzeltäter  
Analysen – Konsequenzen - Interventionen**



Vorträge:

**1. Konsequenzen aus AQ/IS Attentaten**

**2. Taktische Maßnahmen zur Abwehr militärisch organisierter Kleingruppen**

- Kasuistik herausragender Anschläge
- Ausbildung der Attentäter
- Auswirkungen auf polizeiliche Taktik

### 3. Militärische Unterstützung polizeilicher Maßnahmen

### 4. Unbemannte Flugkörper im polizeilichen Einsatz

- Möglichkeiten und Grenzen
- Gefahren
- Perspektiven

### 5. Jenseits der Dienstpistole- adäquate Bewaffnung für First Responder bei Amok und Terrorlagen

- Waffen und Munition für den Einzeldienst

### 6. Konventioneller, ballistischer Schutz

### 7. Sondergeschützte Fahrzeuge für Interventionskräfte

#### Workshops:

1. Repressive Optionen zur Abwehr terroristischer Angriffe
2. Adäquate Bewaffnung für Erstinterventionskräfte
3. Ballistischer Schutz; technisch/taktische Einsatzmittel
4. Innovative Maßnahmen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit

**Bitte besuchen Sie [www.polizeitrainer.de](http://www.polizeitrainer.de) für aktuelle Informationen.**

Unternehmen und Hersteller BOS-relevanter Produkte sind anwesend.  
Sie präsentieren Neu- und Weiterentwicklungen und stehen für Fragen zur Verfügung.

#### Veranstaltungsort:

Wiesbaden. Die Anschrift wird mit der Anmeldebestätigung bekannt gegeben.

#### Seminarzeiten:

09:30 Uhr bis ca. 17:30 Uhr. Ab ca. 18:00 Uhr findet ein bilateraler Erfahrungsaustausch mit Diskussionen zu BOS-relevanten Themen statt.

#### Seminargebühr:

€uro 90,- für PiD-Mitglieder. €uro 110,- für Nichtmitglieder.  
Die Kosten für das Mittagessen sind darin enthalten. Die Gebühr ist steuerlich absetzbar.

#### Teilnahme:

Nur für Angehörige von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben.  
Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. PiD - Mitglieder werden bevorzugt!  
Eine Teilnahmeberechtigung besteht nur mit schriftlicher Anmeldebestätigung.

Bitte richten Sie Ihre Anfragen und die **Anforderung von Anmeldeformularen** per Mail an:  
[info@polizeitrainer.de](mailto:info@polizeitrainer.de)

**Wir freuen uns, wenn Sie interessierte Kolleginnen und Kollegen über die Veranstaltung informieren.**

<p><b>Ihr PiD-Team</b></p> <p>Polizeitrainer in Deutschland e. V. Forsthausstr. 20 D-65527 Niedernhausen Tel.: +49 (0) 32 12 12 75 40 3 Fax: +49 (0) 32 12 12 75 40 3 info@polizeitrainer.de www.polizeitrainer.de</p>	<p>in Kooperation</p>	<p><b>DPoIG</b> <small>DEUTSCHE POLIZEI GEWERKSCHAFT im DGB</small></p> <p>Landesverband Hessen Otto-Hesse-Str. 19 / T 3 64293 Darmstadt Tel. 06151 / 2 79 45 00 Fax 06151 / 2 79 45 02 kontakt@dpolghessen.de www.dpolghessen.de</p>
--	-----------------------	---

## 1.4 - SPD unterstützt die Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft Hessen für die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage



Nancy Faeser  
Innenpolitische Sprecherin  
SPD-Landtagsfraktion

Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Nancy Faeser hat die Ablehnung durch CDU und Grüne des Antrags der SPD-Fraktion, Ruhegehaltfähigkeit der Stellenzulagen für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug einzuführen, scharf kritisiert.

Ende September 2016 sagte sie in der Sitzung des Innenausschusses in Wiesbaden:

*„Wir können in keiner Weise die Ablehnung der schwarz-grünen Landesregierung nachvollziehen. Es ist ein erneuter Schlag ins Gesicht für alle Beamtinnen und Beamten der Polizei, der Feuerwehr und des Justizvollzugs. In den letzten Jahren wurden die Beamtinnen und Beamten in Hessen durch die Besoldungspolitik von Schwarz-Grün schlecht behandelt. Die schwarz-grüne Koalition hätte mit einer Zustimmung endlich beweisen können, dass sie diesen Berufsgruppen tatsächlich Wertschätzung und Anerkennung entgegenbringt“*

Weiter sagte sie: *„Wir wollten mit unserem Antrag erreichen, dass die schwarz-grüne Landesregierung endlich die rechtlichen Grundlagen schafft, um die Stellenzulagen für Polizei einschließlich Fliegerstaffel, Feuerwehr und Justizvollzug, ruhegehaltfähig zu machen. Die Stellenzulagen für diese Berufsgruppen werden für die hohen physischen und psychischen Anforderungen gewährt. Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug sind in ihrer Arbeit häufig Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt und müssen in extremen Situationen schnelle Entscheidungen treffen. Diese Höchstbelastung begleiten die Beamtinnen und Beamten oft ein ganzes Leben. Auch Ruhestandsbeamtinnen und –beamte sollten diese Zulage anteilig erhalten. Dies ist eine Frage des Respekts und der Wertschätzung für diese Berufsgruppen.“*

Quelle: Pressemitteilung der SPD Hessen vom 29.09.2016

## 1.5 - Dokumentenordner der dbb Bundesseniorenvertretung

Mit Schreiben vom 22. Juli 2016 hatte die dbb Bundesseniorenvertretung darüber informiert, dass die erste Auflage des von ihr herausgegebenen Dokumentenordners nahezu vergriffen sei. Diese Situation trat kurze Zeit später ein.

Mit Schreiben vom 24. August 2016 hatte Wolfgang Speck, Vorsitzender der dbb Bundesseniorenvertretung, mitgeteilt, dass es voraussichtlich Ende September 2016 eine zweite Auflage geben wird.

Allerdings mit anderen Konditionen und einem geänderten Bestellverfahren:

**Der Ordner „Für den Notfall – Dokumentenordner für Jung und Alt“ kann beim dbb verlag, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 7261 9170  
eMail: [kontakt@dbbverlag.de](mailto:kontakt@dbbverlag.de)**

**bestellt werden.**

**Der Versand erfolgt durch den dbb verlag direkt an die Einzelmitglieder gegen Zahlung eines Betrages in Höhe von 7,90 Euro pro Ordner.**

# DPolG – tut was zu tun ist und noch mehr! Wir sorgen für Klarheit - DPolG!

Besuchen Sie unsere Homepage: [www.dpolghessen.de](http://www.dpolghessen.de)

Serviceleistungen für unsere Mitglieder und für die Polizei

**Pkw** riesig unter Listenpreis! **Mobiltelefone** unschlagbar günstig!



## Sondertarife Ö. D.

von der DPolG Service GmbH

Aktuelle Service-Angebote der DPolG unter: [www.dpolg-service.de](http://www.dpolg-service.de) oder 07161-964100

## Weiter vorn mit der DPolG! DPolG – wir sind die Blauen!

### Z I T I E R T

„Wer ein Rentensystem sanieren will,  
indem er eine Gruppe hereinholt,  
die älter ist als die schon Vorhandenen,  
ist dumm wie Bohnenstroh.“

**Bernd Raffelhüschen**  
Rentenexperte aus Freiburg

(nachgelesen am 05.10.2016  
auf [www.t-online.de/wirtschaft](http://www.t-online.de/wirtschaft)  
in der Analyse von Bernhard Vetter  
„Beliebte Forderung widerlegt – Beamtenrente  
würde Hunderte von Milliarden kosten“)

**Ende DPolG-Info (DI) Nr. 14-2016**

Erscheint in unregelmäßigen  
Abständen bei Bedarf.  
Nachdruck honorarfrei.  
Quellenangaben erbeten.

Die unter Verfasseramen  
veröffentlichten Artikel stellen  
nicht in jedem Fall auch die  
Meinung der DPolG dar.